

# «Ich möchte sinnvolle Investitionen in die Zukunft, nicht ein höheres Ausgabenniveau»

**Interview** Die Landesrechnung hat deutlich besser abgeschnitten als budgetiert. Trotzdem bleibt Regierungschef Adrian Hasler vorsichtig: Warum er sich beim Budget derart verschätzt hat und wo er jetzt investieren will, erklärt Hasler im Interview.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Im Jahr 2017 hat Liechtenstein 178 Millionen Franken mehr eingenommen als budgetiert war. Das ist ja grundsätzlich positiv, aber wie kann man beim Budgetieren derart danebenliegen?

**Adrian Hasler:** Die Landesrechnung besteht aus Einnahmen und Ausgaben. Die Ausgaben können wir in der Regel recht gut prognostizieren. Die Steuereinnahmen schätzen wir anhand der Rückmeldungen der grössten Unternehmen und sind in der Regel eher vorsichtig. Die Einnahmen aus dem Finanzergebnis hängen empfindlich von den Entwicklungen an den Aktienmärkten ab. Prognosen über die Entwicklung an den Aktienmärkten sind sehr schwierig, wir rechnen daher mit der längerfristig erwarteten Rendite von 2,5 Prozent. Dabei besteht das Risiko, dass man diese Einnahmen in guten Börsenjahren unterschätzt, und bei fallenden Börsen eben überschätzt. Im Jahr 2017 hat alles zusammengestimmt: Gute Steuereinnahmen, hohe Einnahmen aus dem Finanzergebnis und wir hatten die Ausgaben im Griff. Das war ein ausserordentlich gutes Jahr.

Mit dieser Summe könnte das Land S-Bahn, Rheindammsanierung, Schulzentrum Unterland II und noch weitere grosse Projekte aus der Portokasse bezahlen. Wo setzen Sie jetzt an?

Wir hatten ein gutes Jahr, aber die Gewinne an den Finanzmärkten sind Buchgewinne, diese sollte man nicht leichtfertig ausgeben. Wir haben aufgrund der guten Finanzlage aber Möglichkeiten, wichtige Projekte jetzt anzugehen. Das sind Projekte wie beispielsweise die anstehenden Schulbauten, das Verwaltungszentrum, das im Bau befindliche Pflegeheim in Mauren oder Gelder, die wir in die Spitalinfrastruktur, in zukunftsfähige Verkehrslösungen und die Rheindammsanierung investieren können. Das sind einmalige Ausgaben, und diese können wir gut abschätzen. Daneben haben wir ein stetes Wachstum der Sozial-

«Die Gewinne an den Finanzmärkten sind Buchgewinne, diese sollte man nicht leichtfertig ausgeben.»

und Pflegekosten, das wir zu bewältigen haben. Was ich jedoch nicht gutheissen kann, ist, das Ausgabenniveau des Staates durch jährlich wiederkehrende Ausgaben anzuheben, die zu einem grossen Teil dem Bürger auch nichts bringen. Das wird uns bitter einholen bei der nächsten Rezession.

So ein Überschuss weckt nun auf allen Fronten Begehrlichkeiten. Die VU hat beispielsweise erklärt, ein «Bürgerpaket» schnüren zu wollen. Sie haben dieses Vorhaben mit ungewohnt deutlichen Worten gekontert. Warum?

Trotz der sehr guten Wirtschaftslage und hohen Unternehmensgewinne haben wir ein Betriebsergebnis von gerade mal elf Millionen erzielt. Das bedeutet, dass bei einer konjunkturellen Abkühlung die betrieblichen Einnahmen nicht mehr ausreichen werden, um die betrieblichen Ausgaben zu decken. Der Gewinn der Landesrechnung von 170 Millio-

nen ist praktisch ausschliesslich auf das sehr erfreuliche Finanzergebnis zurückzuführen. Und genau hier liegt das Problem. Es wäre fahrlässig, mit Blick auf das sehr gute Börsenjahr für die Zukunft neue hohe jährliche Staatsbeiträge zu beschliessen. Diese Ausgaben haben wir dann Jahr für Jahr. Beim Finanzergebnis kann sich das Blatt jedoch rasch wenden. Wenn die Börse wieder einen Einbruch erleidet, kann dies zu grossen Verlusten in der Landesrechnung führen. Meist fällt ein Einbruch an den Börsen mit einer Rezession zusammen, dann sinken auch noch die Steuereinnahmen. Wir wären dann von zwei Effekten betroffen.

Aber Land und Gemeinden haben zusammen fast drei Milliarden Franken auf der hohen Kante. Wie ist es zu rechtfertigen, dass derart hohe Reserven aufgebaut werden, während bei den Bürgern gespart wird?

«Bei den Bürgern soll eben genau nicht mehr gespart werden.»

Für das Land ist es sehr wichtig, über ein finanzielles Polster zu verfügen. Wir haben gesehen, wie schnell es gehen kann, wenn die Ausgaben ständig erhöht werden und die Einnahmen dann schlagartig zurückgehen. Ohne die erfolgreiche Umsetzung der Massnahmenpakete wäre unser Vermögen in rund 10 Jahren aufgebraucht gewesen. Dies zeigt, welche Dynamik dahinter steckt und weshalb ich so darauf poche, dass wir sehr verantwortungsvoll mit neuen jährlichen Ausgaben umgehen. Bei den Bürgern soll eben genau nicht mehr gespart werden. Trotzdem: Wir können uns einiges leisten dank der guten Finanzlage, aber das will wohlüberlegt sein. Ich möchte sinnvolle Investitionen in die Zukunft und nicht einfach ein höheres Ausgabenniveau.

Sie haben auf Enkeltauglichkeit gepocht. Allerdings wird es kaum noch Enkel geben, wenn man Fami-

lien nicht mehr fördert. Mit einem durchschnittlichen Lohn kann man hierzulande ja kaum noch eine Familie ernähren, geschweige denn sich ein eigenes Haus oder eine Wohnung leisten. Besteht da nicht ein Ungleichgewicht?

Nur dank solider Staatsfinanzen können wir es uns erlauben, die Belastung durch Steuern und Abgaben derart gering zu halten, insbesondere für Familien. Ich denke, die beste Familienförderung ist, wenn man möglichst viel von seinem Lohn nach Hause nehmen kann und wenig abgeben muss. Aber auch die vielen Leistungen für Familien können wir uns nur dank unserer guten Staatsfinanzen leisten. Diesen Zustand möchte ich erhalten und nicht eines Tages gezwungen sein, die Steuern zu erhöhen, weder für die Familien und andere Privatpersonen noch für die Unternehmen. Die hohen Bodenpreise sind tatsächlich ein Hindernis beim Kauf von Wohnungen. Dabei ist Wohneigentum eine der besten Versicherungen gegen Altersarmut. Hier sollten wir nach Lösungen suchen.

Regierungschef Adrian Hasler: «Nur dank solider Staatsfinanzen können wir es uns erlauben, die Belastung durch Steuern und Abgaben derart gering zu halten, insbesondere für Familien.»  
(Foto: ZVG)



ANZEIGE

Volksblatt.li

**ePaper**

Die aktuelle Tageszeitung online um CHF 120.- / Jahr gratis für Printabonnenten (Login mit Abonummer)

**ePaper+**

Zeitungs- und Fotoarchiv CHF 289.- / Jahr

+423 237 51 41 | abo@volksblatt.li